

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

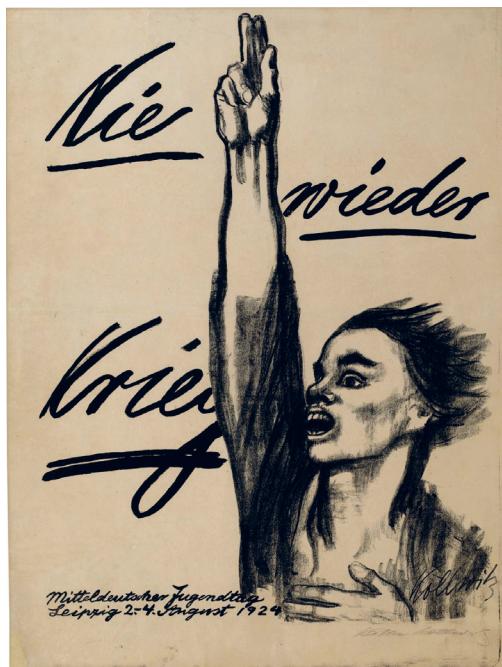
Nr. 4/56. Jahrgang

April 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Trotz alledem – Abrüsten statt Kriege vorbereiten!

Die europäischen NATO-Staaten haben verkündet, sie wollten sich wieder bewaffnen. Entwaffnet waren sie aber nie. Es gab kaum ein Jahr, in dem nicht mehrere dieser Staaten irgendwo Krieg führten. Niemand hat die Toten, Verwundeten und materiellen Schäden gezählt, die durch NATO-Soldaten verursacht wurden. Wer rüsten will, muss in der Bevölkerung Angst vor einem bösen Feind schüren. Für die Deutschen ist dieser angebliche Feind seit mindestens 120 Jahren „der Russe“. Kaiser Wilhelm warnte vor dem Zarenreich und fand damit Zustimmung bei rechten Sozialdemokraten. Die Nazis verkündigten, „der Russe wird uns überfallen“ und meinten damit die Sowjetunion. In der Realität war es beide Male umgekehrt – die Deutschen überfielen Russland bzw. die Sowjetunion. Sie drangen tief ins Land ein und richteten unermesslichen Schaden an. Wer hat also einen Grund, dem anderen einen Überfall



gegebenen Liegenschaften. Im 2+4-Vertrag verpflichtete sich Deutschland, nie wieder feindliche Aktionen gegen Russland zu unternehmen. Auf Grund dieser Verpflichtung hätte die deutsche Regierung niemals der Osterweiterung der NATO zustimmen und erst recht keine Bundeswehreinheiten in Nachbarstaaten Russlands stationieren dürfen. Russland empfand dieses Vorrücken an seine Grenzen mit Recht als feindlichen Akt.

In Russland ist die Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten noch sehr präsent. Jeder hat Familienangehörige, die getötet, verletzt oder verschleppt wurden. 2022 hat Präsident Putin erklärt, eine NATO-Armee und NATO-Raketen in der Ukraine würden sich für ihn und seine Landsleute wie ein Messer an der Kehle anfühlen. Ein Messer an der Kehle schlägt man besser weg, bevor es zusticht.

Fortsetzung auf S. 2

zuzutrauen? 1991 verließ die Sowjetarmee freiwillig Deutschland, um den Anschluss der DDR an Westdeutschland zu ermöglichen. Die materielle Entschädigung entsprach nicht einmal dem Wert der zurück-

Kurz und Gießen:

Spekulation mit Leerständen, Arbeitskampf am Stadttheater S. 3

Ostermärsche 2025 S. 4

Keine Arbeitsplatzvernichtung S. 5

Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg S. 5

Internationales S. 6

Uniklinikum: Geld vom Staat für Dividenden?

Am 22.3. begann der Lokalteil der Gießener Allgemeinen Zeitung mit der Überschrift „UKGM fordert Gleichbehandlung“. Darin forderte Hossein-Ardeschir Ghofrani, Geschäftsführer des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), diese Kliniken müssten vom Land Hessen genauso finanziert werden wie die Frankfurter Uniklinik. Allerdings wurde das UKGM vor 20 Jahren vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, unterstützt

von seiner CDU und der FDP, an den privaten Klinikbetreiber Rhön Kliniken AG verscherbelt. Der Preis betrug 110 Mio. Euro. Das war ein Bruchteil des tatsächlichen Wertes der Gebäude und der Einrichtungen, darunter zahlreiche medizinische Großgeräte, die jeweils zweistellige Millionenbeträge kosteten.

Als Gegenleistung verpflichtete sich die Rhön AG, die Kliniken ohne Zuschüsse vom Staat zu betreiben.

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Trotz alledem – Abrüsten statt Kriege vorbereiten!

Die russische Regierung hat bis zum Beginn ihrer Militäraktion in der Ukraine für ein gemeinsames Sicherheitssystem für ganz Europa geworben. Die NATO hat Verhandlungen über ein solches System abgelehnt. Die Regierung der USA stand auf dem Standpunkt, Russland hätte den Kalten Krieg verloren und deswegen kein Recht auf Sicherheitsgarantien. Die europäischen NATO-Staaten billigten

diese unverantwortliche Ablehnung. Auch jetzt noch wären Verhandlungen über ein solches Sicherheitssystem möglich und eine Alternative zu der massiven Aufrüstung. Immer mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer, sondern vergrößern die Gefahr eines Krieges. Russland wird immer ein wichtiger Teil Europas sein – nur mit und nicht gegen Russland können die gewaltigen Zukunftsprobleme gelöst werden.

Gernot Linhart

Deutsche Waffen gegen Russland?!



NEIN!
ESKALATION STOPPEN

DKP

www.unsere-zeit.de

Fortsetzung von Seite 1:

Uniklinikum – Geld vom Staat für Dividenden?

Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz sind die Bundesländer verpflichtet, alle Investitionskosten von Krankenhäusern zu tragen. Mit der Privatisierung wollte sich die Regierung dieser Verpflichtung entledigen. Es war klar, dass dieser Deal nicht funktionieren kann. Die Zahlungen, die Krankenhäuser von den Krankenkassen für die Pa-

tientenbehandlung erhalten, decken nur die Behandlungskosten, nicht die Investitionen. Die Rhön AG war immer auf Geld vom Land angewiesen.

Durch Erhöhung der Arbeitsbelastung für die Beschäftigten und Einsparungen bei der Pflege – Patienten wurden oft kurz nach einer Operation entlassen – konnte die Rhön AG immer hohe Dividenden für ihre Aktionäre erwirtschaften. Nach dem Aktiengesetz ist es Hauptaufgabe einer AG, Geld für Dividenden zu verdienen, alles andere ist Nebensache. Inzwischen hat die Rhön AG erreicht, dass fast alle Investitionen vom Land Hessen bezahlt werden, jeder Eigenanteil wird verzinst und getilgt. Hier gibt es die absurde Situation, dass ein kapitalistischer Eigentümer seinen Gewinn mit öffentlichen Investitionen erzielt. Wer im Sinne des Personals und der Patienten handeln will, muss die Rücknahme der Privatisierung fordern. Erst wenn die Unikliniken wieder in öffentlicher Verantwortung sind, kann mit Recht mehr Geld vom Staat gefordert werden.

Gernot Linhart



Noch keine Verbesserungen für Reinigungskräfte

Im Januar protestierte das Reinigungspersonal des UKGM gegen schlechte Tarifverträge. Als einzige Klinikbeschäftigte erhalten sie weder Weihnachtsgeld noch ein Jobticket. Ein Mitglied der Geschäftsführung versprach baldige Besserung. Verändert hat sich bis jetzt nichts. Kürzlich beküßtigten Beschäftigte aus Marburg mit einer Aktion ihre Forderungen.



Die DKP solidarisiert sich mit den Betroffenen. Für ein funktionierendes Krankenhaus ist jede Reinigungskraft genauso notwendig wie ein Chefarzt!

Es kommt doch auf die Größe an

Die TSG Wieseck leistet mit ihrem Jugend-Förderzentrum im Fußballbereich eine hervorragende Nachwuchsarbeit. Deshalb sollte ihr eigenes Sportgelände mit dem Motto „Fit für die Zukunft“ moderner und größer werden. Der Rasenplatz sollte verlegt werden, ein neuer Kunstrasenplatz und ein Kleinspielinfeld mussten her, ebenso ein Basketballfeld.

Alles in diesem Jahr schon be-

spielbar. Freude überall! Die Wiesecker Jungs der U17 sind in Bestform. Sie nehmen an der Nachwuchs-Liga des Fußballbundes teil. Und dafür gelten die Richtlinien des DFB. Das war beim Stadtverordnetenbeschluss 2023 nicht vorhersehbar, erklärte Stadträtin Frau Weigel-Greilich auf die Anfrage eines Abgeordneten.

Aber, ach: An beiden neuen Plätzen der TSG fehlen zwei Meter in

der Länge, um eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten. So müssen die Wiesecker ins Waldstadion ausweichen, wenn der Platz nicht wieder wie im Dezember 2024 unter Wasser steht. Eine neue Planungs- und Prüfungsphase für die zwei Meter zusätzliche Spielfläche würde nur langfristig möglich sein, antwortete die grüne Planungsdezernentin.

M. Berger

Kall,
mei Drobbe!



Aus dem Stadtparlament

In Gießen darf weiter spekuliert werden

In Gießen sind alleine bei der „Wohnbau“ ca. 5.000 Wohnungssuchende für einen bezahlbaren Wohnraum registriert. Offensichtlich reicht dieser Skandal der hessischen Landesregierung nicht aus. Gießen gehört nach der Mieterschutzverordnung vom November 2020 zu den Gebieten mit einem „angespannten Wohnungsmarkt“ in Hessen.

Ausgeknobelt hat diesen Unsinn ein Institut „Wohnen und Umwelt“ aus Darmstadt im Auftrag der Hessischen Landesregierung. Gießen erfülle die Bedingungen nicht und darf deswegen nicht gegen Wohnraumspekulation vorgehen.

Mit dem geplanten Leerstandsgesetz würde der Stadt Gießen ein Mittel gegen den spekulativen Leerstand an die Hand gegeben. Ob es allerdings wirksam wäre, müsste sich erst zeigen.

Von Bad Soden bis Wiesbaden

sind 48 begünstigte Städte und Gemeinden aufgeführt, aus Mittelhessen ist Marburg dabei. Auffällig ist, dass 45 der 48 Gemeinden in Südhessen liegen.

Der Antrag der Stadtverordneten Martina Lennartz (DKP) eine systematische Leerstanderfassung und Revitalisierung von Leerständen in Gießen zu erheben wurde im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Integration einstimmig abgelehnt.

Arbeitskampf am Stadttheater

Für die deutschen Theater bezeichnet der 18.3.2025 ein historisches Datum. Die Schwestergewerkschaften GDBA, VVO und BFFS rufen zu einem ersten bundesweiten Streik an den Landes-, Stadt- und Staatstheatern auf. Ende letzten Jahres kündigten diese den Tarifvertrag an den deutschen Bühnen. Dieser gibt den Rahmen für nahezu feudale Arbeitsbedingungen: Es gibt keine wöchentliche Höchstarbeitszeit, zum Verlassen des Ortes muss um Erlaubnis gebeten werden, man unterliegt einer ständigen Erreichbarkeitspflicht und kann ohne Angabe von Gründen zum Ende einer Spielzeit entlassen werden.

Gerade deswegen versammelten sich am Tag des Streiks rund 40 Beschäftigte des Stadttheaters Gießen aus unterschiedlichen Gewerken vor dem Haus. Wir als Studierende des Instituts für Angewandte Theaterwissenschaft, Genossenschaftsmitglieder und Mitglieder des sozialistischen Stu-

dierendenkollektivs KunstKlasse nahmen solidarisch an dem Streik teil. Wir trugen ein Banner mit der Aufschrift „THEATER IST ARBEIT – Für die sozialistischen Theaterräte“ und ein Schild mit „Brecht die Macht von Kapital und Leitung“. Dadurch gaben wir dem sonst eher zahmen Streik einen klaren klassenkämpferischen Charakter und zeigten auf, was viele Künstschaffende oft nicht wahrhaben wollen: Sie sind Teil der arbeitenden Klasse und reproduzieren die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse mit. Ihre Klassenposition gibt ihnen aber auch die Macht, diese Verhältnisse durch Mittel wie Streik aktiv zu durchbrechen und ihre Bühnen durch den Aufbau sozialistischer Theaterräte selbst zu verwalten.

Nach der Eröffnung hielt Schauspieler Roman Kurtz eine von der Gewerkschaftsleitung vorgegebene Rede. Anschließend versammelten sich die Streikenden für Fotos hinter unserem Banner.

Anfänglich für 30 Minuten ausgelegt, beendete man die Arbeitsniederlegung schon nach 20 Minuten, damit die Streikenden pünktlich an ihrem Arbeitsplatz erscheinen konnten. Ein milder Vorgeschmack auf das, was noch kommen wird.

KunstKlasse – Sozialistisches Studierendenkollektiv



Auf der einen Seite Leerstände...



Obdachlose Menschen sind nicht das Problem. Sie sind das Resultat des Problems!

Die Ökonomie des Nichtstuns

Ohne Rücksicht auf die Teichvögel in der Wieseckau hat das Gartenamt wieder die Kahlschlagfantasien seiner Leitung ausgelebt. Die Versteckmöglichkeiten für scheue Tiere an den Teichrändern wurden brutal „auf Stock“ gemäht. Hinter diesen Aktionen stecken Sparmaßnahmen der Stadtregierung, kein ökologischer Sinn. Tief unten abgesagte Sträucher braucht man nicht so oft zu pflegen. Im Falle des gesperrten Wegs am Schwanenteich dasselbe: Nichtstun und Sperrung kostet nichts – außer Substanz!

„8. März heißt Widerstand, Frauen kämpfen Hand in Hand!“



So erklang es am 8.3. lautstark vom Berliner Platz aus. Anlässlich des Internationalen Frauentages hatte das 8.-März-Bündnis Gießen zu einer Demonstration unter dem diesjährigen Motto „Frauen gegen Krieg und Krise“ aufge-

rufen. Rund 300 überwiegend junge Frauen und Männer versammelten sich, um gemeinsam für die „**Be-freiung der Frau und gegen Krieg, Krise und ein System, das auf Un-gleichheit basiert**“ zu demonstrieren. Eine derartige Demonstration des 8.-März-Bündnis zum „revolutionären Frauenkampftag“ fand in Gießen nun zum zehnten Mal in Folge statt.

Martina Lennartz

Aufruf des Friedensnetzwerkes Gießens zu den Ostermärschen 2025 Wir fordern: Kriege stoppen – Frieden und Abrüstung jetzt!



Die Welt rüstet auf, tausende Menschen sterben in Kriegen und die Gefahr eines Atomkrieges ist weiterhin nicht gebannt. Jetzt soll Deutschland kriegstüchtig gemacht werden. Abschreckung durch Stärke und Militär ist aktuell die einzige Lösung, die unsere Regierenden kennen. Doch Aufrüstung und Militarisierung werden uns dem Frieden nicht näherbringen.

Wo sind die friedenspolitischen Alternativen? Wo bleiben Diplomatie, Kooperation und Dialogbereitschaft?

Wir nehmen die neue Bundesregierung in die Pflicht und fordern von ihr:

- **Beenden Sie Kriege!** Stärken Sie diplomatische Initiativen für Frieden in der Ukraine, in Israel und Palästina, im Sudan, in der DR Kongo und überall auf der Welt!
- **Stehen Sie für internationales Recht und Kooperation ein!** Verurteilen Sie Verstöße gegen das Völkerrecht und setzen Sie sich für deren Aufarbeitung ein.

Völkerrecht muss für alle gleichermaßen gelten. Erteilen Sie nationalen Egoismen eine klare Absage.

- **Entwickeln Sie einen Friedensplan für Europa!** Wir brauchen eine neue Friedensordnung, die auf gemeinsamer Sicherheit basiert, der Ukraine Frieden garantiert und Russland langfristig miteinschließt.
- **Zeigen Sie sich solidarisch mit den Opfern von Kriegen!** Gewähren Sie Menschen Schutz und Asyl, die vor Kriegen fliehen oder sich diesen entziehen wollen.
- **Rüsten Sie ab!** Sozialabbau oder neue Schulden für militärische Aufrüstung auf Kosten von u. a. Bildung, Klimaschutz und dringend benötigten Investitionen, die unser Leben verbessern, sind inakzeptabel.
- **Verhindern Sie die Stationierung von Mittelstreckenwaffen!** Setzen Sie sich stattdessen für neue internationale Abrüstungsverträge ein.
- **Setzen Sie sich für eine atomwaffenfreie Welt ein!** Sorgen Sie für den Abzug der US-Atombomben aus Büchel und treten Sie dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag bei. Erteilen Sie Überlegungen für EU-Atombomben eine klare Absage.
- **Führen Sie die Wehrpflicht nicht wieder ein!** Junge Menschen sollten Frieden lernen, nicht den Krieg üben.
- **Beschließen Sie ein restriktives Rüstungsexportkontroll-**

gesetz!

Rüstungsexporte müssen massiv reduziert werden und strengsten Regeln unterliegen.

Gemeinsam setzen wir zu Ostern ein Zeichen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist und bleibt für uns handlungsleitend. Dafür gehen wir auf die Straße.



Friedensnetzwerk
Gießen

Sa. 19.4. ab 11 Uhr:
Ostermarsch, Friedensnetzwerk,
Hiroshima-Platz Gießen

Mo. 21.4. um 9:00 Uhr:
Treffen Bahnhof Gießen, gemeinsame Fahrt zum Ostermarsch in Frankfurt

Ein Kriegsbeginn

Einem Rüstungsmann ward bange,
Als er diesen Fakt bedacht:
Panzer halten schrecklich lange,
Denn sie sind aus Stahl gemacht.
•
Stählern Motor, Rohr und Reifen,
Stählern die Karosserie.
Und er musste bang begreifen:
Neue braucht man praktisch nie.
•
Aber immer braucht's Gewinne.
Also rief der Rüstungsmann:
„Politikmann, los, beginne
Einen Krieg!“ Und er begann.

Von Thomas Gsella

Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitsplatzvernichtung

Krise und Deindustrialisierung hinterlassen immer deutlichere Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Im dritten Jahr in Folge ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland gestiegen. Nachdem die Quote seit 2017 im Jahresschnitt immer unter 6% lag, überschritt sie im vergangenen Jahr erstmals wieder die Sechs-Prozent-Marke und im Januar und Februar diesen Jahres lag sie schon bei 6,4%.

Besonders in der Industrie bauen zahlreiche Unternehmen Stellen ab. Allein bei ZF, Continental, Thyssenkrupp Steel und VW stehen in den kommenden Jahren rund 70.000 Jobs auf der Kippe. Schaeffler, Porsche, Bosch und Ford planen ebenfalls Tausende Stellen zu streichen. Schon zwischen 2019 und November 2024 war nach Daten des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie um 350.000 von 7,8 auf 7,4 Mio. Erwerbstätige zurückgegangen.



Die viel beschworenen Jobs im Dienstleistungssektor sind hier nur ein schwacher Trost. Denn sie sind oft deutlich schlechter bezahlt als die – in der Regel tarifgebundenen und mitbestimmten – Industriearbeitsplätze. Die aktuelle Deindustrialisierungswelle beeinflusst nicht nur das allgemeine Lohnniveau. Sie verändert auch die Struktur der Klasse mit weitreichenden Folgen: Denn mit dem Wegbrechen der gewerkschaftlich hoch organisierten und arbeitskampferprobten Belegschaften ist zu befürchten, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit weiter verschiebt. Dies betrifft nicht nur den industriellen Sektor. Das „Stottern des Tarifmotors IG Metall“ hat Auswirkungen auf alle Branchen und damit auch für alle DGB-Gewerkschaften.

Trotz dieser Gefahren sind die gewerkschaftlichen Gegenstrategien mehrheitlich „sozialpartner-

schaftlich“ geprägt und von der Hoffnung auf Intervention durch die Politik getragen. Dass dies nicht so bleiben muss, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Auch während der Stahl- und Werftkrise in den frühen 1980er-Jahren hoffte man zu Beginn auf „sozialpartnerschaftliche“ Krisenlösungen. Als sich diese Strategie aufgrund der Verweigerungshaltung der Gegenseite als Sackgasse erwies, zogen Metallerinnen und Metaller Konsequenzen. Im Mai 1984 begann der lange Kampf um die 35-Stunden-Woche. Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitsplatzvernichtung wäre auch heute – zumal unter ähnlichen Rahmenbedingungen – eine mögliche gewerkschaftliche Krisenstrategie.

Ulf Immelt

Jetzt seht ihr, dass immer genug Geld vorhanden war!

**Nur nicht für euch,
liebe Rentner, Kinder,
Pflegekräfte und
Geringverdiener!**

„Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg“ – Kapitalismus als Bremse für gerechte Bildung

„Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg“ klingt wie eine Binsenweisheit, ist jedoch bitterer Ernst und wird von zahlreichen Studien belegt. Trotz aller Beweise bleibt die Politik untätig. Der Grund dafür liegt in der Struktur des kapitalistischen Systems, in dem Bildung zur Ware geworden ist, die sich nur wenige leisten können. Während wohlhabende Eltern in Privatschulen und Nachhilfe investieren, sind öffentliche Schulen unterfinanziert. Kinder aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund landen oft in Hauptschulen, was ihre Chancen weiter verringert.

Der Staat kann eingreifen und das Bildungssystem reformieren. Doch politische Maßnahmen wie zusätzliche Gelder für das Bildungssystem sind nicht gewollt. Während Milliarden in „Sonervermögen“ für die Bundeswehr fließen, bleiben Investitionen in die Bildung begrenzt.

Ein erster Schritt wäre, die Schulen personell aufzustocken, Klassen zu verkleinern und Lehrkräfte doppelt einzusetzen, um benachteiligte Schüler gezielter zu unterstützen. Aber das alleine reicht nicht, denn schon der Soziologe Pierre Bourdieu hat betont, dass das Schulsystem soziale Unterschiede nicht abbaut, sondern verstärkt. In einem kapitalistischen System dient die Schule der Reproduktion bestehender gesellschaftlicher Strukturen. Die Schule erfüllt somit die Funktion, eine „sortierte Gesellschaft“ zu schaffen, die sich am wirtschaftlichen Nutzen der Schüler für das System orientiert.

Reformen sind zwar unerlässlich, um das bürgerliche Bildungssystem wieder in die

Lage zu versetzen, grundlegende Qualifikationen und Alltagskompetenzen zu vermitteln. Darüber hinaus muss aber auch ein Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeit und deren Ursachen geschaffen werden. Es gilt den Schülern zu verdeutlichen, dass sie keine Schuld an ihrer Lage tragen, sondern die Opfer eines auf Verwertung der Arbeitskraft orientierten Systems sind. Wir müssen gemeinsam für eine grundlegende

Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen, denn solange das kapitalistische System bestehen bleibt, wird die soziale Herkunft über Bildungserfolg entscheiden. Nur durch die Überwindung dieses Systems ist eine wirklich gerechte Bildung möglich.

Leonie Gestade



USA auf dem Weg zur Diktatur

Eine Handvoll Milliardäre stehen an der Spitze der Finanzoligarchie der Welt. Das Kapital ist in einer bisher unbekannten Größe auf immer weniger Menschen konzentriert. Das sind Leute wie Jensen Huang (Nvidia), Bill Gates (Microsoft), Bernard Arnault (LVMH), Mark Zuckerberg (Meta), Jeff Bezos (Amazon), Elon Musk (Tesla) und andere. Der Soziologe Krysmanski sprach in diesem Zusammenhang von einer „Refederalisierung“ der Bourgeoisie.

In diesem Zusammenhang wird die bürgerliche Demokratie für immer größere Teile der herrschenden Finanzoligarchie zum Hemmschuh. Trump ist kein Betriebsunfall, sondern die logische Konsequenz aus der politischen Entwicklung (nicht nur) des US-Imperialismus. Bereits die Wahlen 2000 wurden gefälscht. Der Obersste Gerichtshof stoppte die Neuauszählung von Stimmzetteln, um George W. Bush zur Präsidentschaft zu verhelfen. Obwohl Al Gore

dadurch die Präsidentschaft verlor, gab es von der Demokratischen Partei keinen Widerstand gegen das Urteil. Das unterstreicht, dass es schon damals innerhalb der US-Bourgeoisie keine nennenswerte Basis für die Verteidigung demokratischer Rechte mehr gab.

Die Bush-Regierung nutzte die Anschläge vom 11. September 2001 als Vorwand für den „Krieg gegen den Terror“. Das bedeutete

einen permanenten – rechtsfreien – Kriegszustand im Ausland und weitere Beschniedung demokratischer Rechte im Inland. In diesem Zusammenhang wurde ein globales Netzwerk von Folterlagern eingerichtet, dessen Zentrum in Guantanamo Bay liegt. Verstärkt wurden die diktatorischen Maßnahmen unter Friedensnobelpreisträger Obama. Die Ermordung von Menschen ohne Urteil im Rahmen des Drohnenkrieges wurde von ihm erst richtig entfesselt.

Donald Trump und das ihn stützende Kapital versucht nicht einfach nur das bürgerliche Recht zu brechen, sondern es zu verbiegen und Fakten zu schaffen. Selbst die kapitalistischen liberalen US-Medien geben inzwischen zu, dass es sich bei den aktuellen Ereignissen in den USA um den Versuch handelt, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und eine Präsidialdiktatur zu errichten.

Henning Mächerle



Israels Plan von Groß-Israel

Einen Krieg zu beginnen ist leichter als ihn zu beenden, lautet eine Binsenweisheit. Aber diese Weisheit führt in die Irre. Ein Krieg wird geführt, weil man ein Ziel hat. Der wieder aufflammende Krieg in Gaza ist ein Beispiel dafür. Die an der israelischen Regierung beteiligte Rechte hatte schon immer ein Ziel: Groß-Israel. Der Angriff der Hamas bot dabei eine ideale Gelegenheit, dem Ziel näher zu kommen: Israel in den Grenzen des gesamten einstigen Mandatsgebiet Palästina (1920–1948), inklusive Westjordanland und Gazastreifen. Der Sechstagekrieg von 1967 führte zur Besetzung von Ostjerusalem und den Golanhöhen durch Israel. Aus dem Westjordanland und Gaza zog sich Israel damals zurück. Anders als 1948, als hunderttausende Palästi-

nenser vertrieben wurden (Nakba) oder vor den Kämpfen flohen, gab die große Mehrheit der Bevölkerung im Westjordanland und in Gaza 1967 ihr Land nicht auf. Dadurch steckte Israel in einem Dilemma. Man wollte die Gebiete zwar zu israelischem Staatsgebiet machen, aber auf keinen Fall sollten die dortigen Bewohner israelische Staatsbürger werden. Dadurch wäre der jüdische Charakter – was Teil der Ideologie von Groß-Israel ist – gefährdet worden. Deshalb verzichtete Israel 1967 auf die Annexion. Das Mittel der Wahl war der illegale Siedlungsbau durch Israel. Das ging aber der israelischen Rechten zu langsam. In Netanjahus Kabinett sitzen zwei Parteien der religiösen extremen Rechten.

Die Partei „Otzma Jehudit“ (Jüdi-

sche Stärke) steht in direkter Nachfolge der rassistischen Kach-Partei. Diese forderte die sofortige „Umsiedlung“ der Araber aus dem „Land Israel“. Das erinnert irgendwie an Trumps Gazapläne. Der Vorsitzende der Partei „HaTzionut HaDatit“ (Der religiöse Zionismus) Bezalel Smo-trich sagte in einer Knesset-Sitzung 2021 an einen arabischen Abgeordneten gerichtet: „Ben-Gurion, Israels erster Premierminister, hätte seine Arbeit 1948 zu Ende bringen und alle Araber gleich nach der Gründung des Landes rauswerfen sollen.“ Die israelische Rechte hat eine gute Chance ihr Ziel zu erreichen. Ihre Ziele passen gut zu den geostrategischen Plänen der Trump-Regierung in den USA.

Henning Mächerle

Die tausend Augen des Wladimir P. – An allem sind die Russen schuld

Seit Monaten sind immer neue Meldungen über Beschädigungen und Ausfälle von Seekabeln in der Ostsee zu hören und zu lesen. Klar, immer verursacht durch Sabotage der Russen. Angeblich verantwortlich die Schiffe von Putins ominöser „Schattenflotte“. Leser, die ihr logisches Denken noch nicht an ARD und ZDF delegiert haben, werden sich fragen, ist „der Putin“ wirklich so doof, ausgerechnet die Handelsschiffe, mit denen Russland erfolgreich dem Wirtschaftskrieg begegnet, für dilettantische Sabotageaktionen zu missbrauchen? Damit die willfährigen skandinavischen US-Büttel einen Vorwand bekommen, Schiffe zu kapern und die Ostsee für Russland faktisch zu blockieren? Dann aber kamen die westlichen Geheimdienste zum Ergebnis, Sabotage sei unwahrscheinlich, die festgestellten Schäden bewegten sich innerhalb des statistischen Durchschnitts. Schweden und Norwegen sahen sich gezwungen, die festgesetzten Schiffe wieder freizugeben.

Erdkabel werden mit aufwendigem Schutz verlegt, Seekabel dagegen stumpf auf dem zerklüfteten Meeresgrund abgerollt, nur durch ihren Mantel gegen äußere Kräfte und aggressives

Seewasser geschützt. Da leuchtet ein, dass mögliche Beschädigungen „eingepreist“ sein müssen.

Der böse Wladi kann aber noch mehr! 2021 hat er mittels seiner Trolle im Netz und einer gewaltigen Propagandakampagne Annalena Baerbocks Kanzlerschaft verhindert. Quellen: Verfassungsschutzbereicht 2021, „Bild“ und „Maischberger“. Wer wird da noch zweifeln?

Immer und überall russischer „hybrider Krieg“: Hackerangriffe, „Desinformation“, Drohnen über

Bundeswehrkasernen, bezahlte islamistische Attentäter, Altöl-Angriffe! Belege? Fehlanzeige!

Verglichen mit dem täglichen Wahnsinn, der aktuell von den Bildschirmen flimmert, aus den Lautsprechern dröhnt und im Blätterwald rauscht, war die Propaganda des Kalten Krieges fast seriös; die Älteren werden sich noch an das unsägliche „ZDF-Magazin“ mit Gerhard Löwenthal und „Kennzeichen D“ erinnern.

Michael Drees



Wenn der Gesundheitsminister Lauterbach seine Arbeit ernst nähme!!

Atomkrieg wegen pupsendem Wal?

Ende Januar geisterte eine wilde Geschichte durch die Medien, die manch einer für Fake News hielt. Tagelang waren mehrere Kriegsschiffe und U-Boote der britischen Royal Navy im Atlantik herumgeschippert auf der Suche nach einer natürlich russischen Sonar-Unterwassermikrofone hatten „mysteriöse Geräusche“ aufgenommen. Für die königliche Admiralität war klar, „der Putin“ will die

streng geheimen Routen der raketenbestückten Atom-U-Boote Seiner Majestät ausspähen.

Ende vom Lied: Man musste zugeben, dass die Verteidiger des Empire einen Wal gejagt hatten, der „Gas abgegeben“ hatte, oder, wie der Volksmund lapidar sagt, gefurzt. Gießener werden sich womöglich an die zur gleichen Zeit allgegenwärtige Plakatierung für „Furzipups, der Knatterdrache“ erinnern. Der

Wal freilich kann von Glück sagen, dass er nicht mittels eines Atomtorpedos verdampft wurde.

Nicht überliefert ist, was der blindwütige Aktionismus übereifriger Militärs den britischen Steuerzahler gekostet hat. Und es wird mindestens 30 Jahre dauern, bis die Geheimdienste offenlegen werden, wie knapp wir wieder einmal am thermonuklearen Holocaust vorbeigeschrammt sind.

MD



Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

Sa. 5.4. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI,
Kugelbrunnen

Di. 8.4. um 18 Uhr:
Lesekreis bei Henning

Mi. 16.4.:
Redaktionsschluss April-Echo

Fr. 18.4. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI,
Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 19.4. ab 11 Uhr:
Ostermarsch, Friedennetzwerk,
Hiroshima-Platz Gießen

Mo. 21.4. um 9:00 Uhr:
Treffen Bahnhof Gießen, ge-
meinsame Fahrt zum Oster-
marsch in Frankfurt

Mi. 23.4. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen,
Winchester-Zimmer

Do. 24.4. um 18 Uhr:
Bildungsabend bei Henning

Fr. 25.4. um 18:30 Uhr:
Die Atombombe, wie sie
entstand, wie sie wirkt und wie
man dagegen kämpft – Vortrag
von Kernphysiker Gernot Linhart
und anschließender Diskussion;
Ort wird noch bekannt gegeben

Di. 29.4. ab 19 Uhr:
Vormaifeier DKP Gießen,
Chamäleon, Reichensand 9

Do. 1.5. ab 11 Uhr:
1. Mai-Demonstration und
Abschlusskundgebung
ab 12:00 Uhr Kirchenplatz

Sa. 3.5. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI,
Kugelbrunnen

Do. 8.5. ab 17:00 Uhr:
8. Mai - Befreiung vom
deutschen Faschismus,
Kundgebung, Kugelbrunnen

Termin vormerken:

Sa. 16.8. ab 15 Uhr:
Sommerfest der DKP Gießen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** forderte die Gießener CDU, das Jugendzentrum am Kanzleiberg einer totalen Kontrolle durch den Magistrat zu unterstellen. Die Partei empörte sich vor allem darüber, dass dort sozialistische Jugendorganisationen wie die SDAJ und die Kinderorganisation „Junge Pioniere“ erfolgreich tätig waren. Der Stadtverordnete Enzmann, Vorsitzender der reaktionären „Deutschen Jugend des Ostens“, hielt Jugendzentren generell für unnötig, die Jugendlichen könnten ja zu den bestehenden Jugendorganisationen gehen.

Vor **40 Jahren** wollte der Kamera-Hersteller Minox in Heuchelheim die gerade eingeführte tarifliche 38,5-Stunden-Woche unterlaufen. Statt Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit wurden freie Tage eingeführt. Nach einer Betriebsvereinbarung sollten die freien Tage im voraus festgelegt werden, die Geschäftsführung wollte diese aber je nach Auftragslage bestimmen.

Vor **30 Jahren** sparte der SPD/Grüne-Magistrat vor allem bei der Sozialarbeit. Hilfs- und Beratungsangebote

wie Jugend- und Drogenberatung, Eltern helfen Eltern, Kindersorgentelefon, Wildwasser, Frauenhaus und das Frauen-Nacht-Taxi waren in ihrem Bestand gefährdet, außerdem wurden Zuschüsse an Sportvereine nicht ausgezahlt.

Vor **20 Jahren** trat eine EU-Richtlinie zur Begrenzung von Feinstaub in Städten in Kraft. Fast alle Städte verstießen gegen die Richtlinie. Gießen war vorerst fein raus: Es gab keine Messstation mehr. Die Station am Oswaldsgarten wurde beim Beginn der Bauarbeiten zur Galeria abgerissen, eine neue am Anlagenring wurde von CDU-Baurat Rausch aus angeblich „ästhetischen Gründen“ abgelehnt.

Vor **10 Jahren** gab es einen Bauboom in Gießen. An der Lahn, der Bergkaserne, am Schlachthof, in der Weststadt und am RKH-Gelände entstanden ca. 1.000 Wohnungen. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen wurde dadurch aber nicht verringert. Es handelte sich ausschließlich um teure Eigentums- und Mietwohnungen, mit denen Investoren hohe Profite erzielen.

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:
Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de

Wir gratulieren herzlichst unserem Freund, Genossen und Friedenspreisträger des Arbeitskreises Karl Liebknecht



Werner Ortmüller

* 15.4.1945

zum 80. Geburtstag



Alles Gute, Gesundheit und Kraft für den Friedenskampf, für deine Aktivitäten in der Parteigruppe und dein Engagement in der Friedensbewegung. Wir schätzen deine langjährige Erfahrungen und nehmen immer gerne deine politischen Ratschläge in Anspruch.

Deine Genossinnen und Genossen der DKP Gießen

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ